

Es geht um die Zukunft des Landes

Die IG Metall demonstriert in Salzgitter **gegen rechte Hetze** und für eine mutige Wirtschaftspolitik

Salzgitter. In einer Zeit, die von tiefgreifenden politischen und sozialen Verwerfungen gezeichnet ist, hat die IG Metall den Tag der Arbeit zum Anlass genommen, um laut und deutlich für die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Flagge zu zeigen. „Die Lehren der 30er-Jahre aus dem vergangenen Jahrhundert als die Nationalsozialisten die freien Gewerkschaften zerschlugen, die Weimarer Republik zu Fall brachten und damit temporär die Demokratie abschafften, mahnen uns heute mehr denn je, wachsam zu sein und für die Werte einzustehen, auf denen unsere Gesellschaft fußt“, hob IG Metall-Betriebsleiter Thorsten Gröger in einem Beitrag zum 1. Mai hervor.

Auch in Salzgitter gingen mehrere hundert Menschen auf die Straße, zogen mit bunten Fahnen und Plakaten vom Schützenplatz zu Kundgebung und Familienfest ins Alte Dorf in Lebenstedt. „Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit.“ stand in großen Lettern auf dem Transparent, das den Demonstrationszug anführte. Radikale Kräfte, die von Umsturz träumen und auf Ausgrenzung setzen, bedrohen den sozialen Frieden und das demokratische Fundament des Landes aktueller denn je, schreibt die IG Metall in einer



Führen die Demonstration am Maifeiertag an: Matthias Wilhelm als 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine, der 2. Bürgermeister Christian Striese, IG-Metall-Kassierer Marion Koslowski-Kuzu, Bundestagsabgeordneter Viktor Perli und Markus Hulm (2. Bevollmächtigter) ziehen mit vielen anderen durch Lebenstedt.

FOTO: SZ-PA/RK

Pressemitteilung.

„Die radikalen Geister von damals haben heute ein anderes Gewand, ihr Wesenskern bleibt allerdings gleich: Sie lehnen Werte wie Toleranz, Gleichberechtigung und Vielfalt ab. Stattdessen spalten sie, grenzen aus und schüren Hass. Ob Neonazis in Nadelstreifen im Parlament oder rechte Parolentrommler am Stammtisch: Wer unsere Demokratie bekämpft, gegen Menschen mit Einwanderungsgeschichte hetzt und Millionen von Menschen pauschal abschieben will, dem muss sich die breite Gesellschaft entgegenstellen“, fordert Thomas Gröger. Nun gelte

es, dass auch bei den anstehenden Wahlen die Demokratie vor den Verfassungsfeinden geschützt werde.

Vor dem Kontext der anstehenden Europawahl warnt die IG Metall vor einem Erstarken rechtsextremer Kräfte: Ein Austritt Deutschlands aus der EU würde katastrophale wirtschaftliche Folgen haben. Ein Verlust von zehn Prozent der Wirtschaftsleistung in den nächsten 15 Jahren, was einem jährlichen Wohlstandsverlust von 400 bis 500 Milliarden Euro entspricht, und der Verlust von 2,2 Millionen Arbeitsplätzen wären die Folge. „Eine solche Entwicklung

müssen wir um jeden Preis verhindern“, heißt es.

Doch die Herausforderungen der Gegenwart beschränken sich nicht auf den politischen Extremismus. Die IG Metall sieht in der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine fatale Untätigkeit der Politik. „Von der Energiekrise über den Fachkräftemangel bis hin zur wachsenden sozialen Kluft – die Bundesregierung versäumt es, entschlossen zu handeln und nachhaltige Lösungen zu präsentieren“, führt der Metaller aus.

Die IG Metall fordert eine Politik, die mutig in Zukunftstechnologien investiert, für faire Ent-

gelte und Arbeitsbedingungen sorgt und allen Menschen in Deutschland Perspektiven bietet. „Wir sehen, dass andere Länder sich massiv auf den Weg der Klimaneutralität begeben und dies auch mit gigantischen Finanzvolumen, ob zum Ausbau der Infrastruktur oder zur Subventionierung der Industrie einsetzen. Wenn Politik nicht einen verlässlichen und nachvollziehbaren Kurs einschlägt, stößt dies weder auf Verständnis von Maßnahmen bei der Bevölkerung noch kann Industrie ihre Zukunftsplanung, geschweige denn Investitionen darauf aufbauen.“

Unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit werden derzeit von Neoliberalen und Konservativen Angriffe auf den Sozialstaat geführt. „Die jüngsten Angriffe auf das Bürgergeld von bestimmten politischen Kräften und Arbeitgeberverbänden sind beispiellos in ihrer Heftigkeit. Sie versuchen, Beschäftigte und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen, Geringverdienende gegen vermeintlich zu hohe Sozialleistungen aufzubringen. Doch niemand hat mehr in der Tasche, wenn die Sozialleistungen gekürzt werden. Auch die gigantischen Finanzmittel zur Bewältigung der Transformation lassen sich dadurch nicht aufbringen“, so Thorsten Gröger.

Fachkräfte fehlen schon heute

Arbeitslosenzahl in Salzgitter und im Bezirk sinkt / Bedarf an Spezialisten wächst weiter

Salzgitter. Im April ist die Zahl der Arbeitslosen im Agenturbezirk Braunschweig-Goslar wie saisonal üblich leicht gesunken. 21.641 Menschen waren im zurückliegenden Monat bei der Arbeitsagentur und den Jobcentern der Region gemeldet. Das entspricht 6,6 Prozent und waren 194 weniger als im März 2024, aber 787 mehr als vor Jahresfrist. Im kommunalen Vergleich weist der Landkreis Wolfenbüttel mit 5,2 Prozent die beste Quote auf, dahinter folgen die Stadt Braunschweig (5,7), der Landkreis Goslar (7,3) und die Stadt Salzgitter (9,9).

„Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen, vor denen die Unternehmen stehen, fiel die Frühjahrsbelegung auch im April vergleichsweise verhalten aus“, resümiert Kerstin Kuechler-Kakoschke, Leiterin der Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar. „Auch wenn die Inflation etwa gesunken ist, machen sich partiell Konsumzurückhaltung,

Energiewende, Transformationsprozesse, der Ukraine-Krieg und nicht zuletzt der Fachkräftemangel bemerkbar. Das zeigt sich sowohl in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit als auch beim gemeldeten Bedarf an Arbeitskräften.“

Im April hatten Wirtschaft und Verwaltung 1.126 neue Stellen gemeldet, 91 weniger als im Vorjahresmonat. Insgesamt stehen Arbeitsuchenden derzeit 6.314 gemeldete Stellen offen, das sind 256 weniger als vor einem Jahr. Auch wenn viele Menschen auf Arbeitssuche sind, ist es für Unternehmen weiterhin häufig schwer, ihre offenen Stellen zu besetzen.

Denn besonders gefragt sind Fachkräfte, an die sich gut 53 Prozent der gemeldeten Offerten wenden. Rund 26 Prozent der Angebote richten sich an Expertinnen und Spezialisten. Wie sehr sich der Fachkräftebedarf zuspitzen könnte, zeigt ein Blick auf das Alter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Von den

rund 242.000 im Agenturbezirk Braunschweig-Goslar lebenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind rund 25.000 schon 60 Jahre und älter, darunter knapp 3.000 zwischen 65 und 70 Jahren.

Gut jeder Zweite aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet im Agenturbezirk als Fachkraft. „Die Zahlen zeigen, dass sich ein hoher Ersatzbedarf anbahnt, der durch Digitalisierungsgewinne und Automatisierung nicht annähernd gelöst werden kann. Wir brauchen daher dringend zusätzliche Fachkräfte. Eine wichtige Säule der Fachkräftegewinnung ist die Ausbildung“, so Agenturchefin Kuechler-Kakoschke.

Doch wie ist es um die betriebliche Ausbildung bestellt? Seit Oktober wurden bei der Agentur Braunschweig-Goslar 2.694 Ausbildungsstellen und duale Studienangebote gemeldet. Das sind 100 weniger als im Vorjahreszeitraum. 1.592 Ausbildungsstellen



Die Arbeitsagentur in Lebenstedt: Die Arbeitslosenquote für Salzgitter lag im April bei 9,9 Prozent.

FOTO: RWE

waren im April noch nicht vergeben. Auf der anderen Seite haben sich seit Oktober 2.478 junge Menschen bei der Arbeitsagentur und den Jobcentern der Region gemeldet, um mit Unterstützung einen Ausbildungsplatz zu finden. Das sind 42 Ausbildungssuchende weniger als im Vorjahreszeitraum. Gut jeder zweite Ausbildungsinteressierte hat noch

keine Zusage erhalten, 1.396 junge Menschen sind entsprechend noch auf der Suche.

Kerstin Kuechler-Kakoschke appelliert an die Unternehmen, jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen. „Denn Ausbildung ist auch eine große Chance für Betriebe, junge Fachkräfte frühzeitig für ihr Unternehmen zu gewinnen.“